Resolution der Landesdelegiertenkonferenz des Verkehrsclub Deutschland (VCD) Landesverband Baden-Württemberg e.V. am 21. Juli 2007



Für Mensch und Umwelt: VCD fordert eine klimaverträgliche Verkehrspolitik für Baden-Württemberg

Der VCD Landesverband Baden-Württemberg e.V. fordert die Landesregierung auf, ihren schönen Worten in Bezug auf den Umwelt- und Klimaschutz endlich Taten folgen zu lassen. Insbesondere im umwelt- und klimarelevanten Politikfeld Verkehr sieht der VCD ein eklatantes Politikversagen. Eine klimaverträgliche Verkehrspolitik zum Schonung von Mensch und Umwelt müsse sich klar an den Prioritäten Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung auf die Verkehrsmittel des Umweltverbundes und Verkehrsberuhigung orientieren.

Mit Unverständnis nimmt der VCD zur Kenntnis, dass die Landesregierung den Straßenbauetat weiter erhöht hat und in gleichem Umfang Fahrplankürzungen beim Schienenverkehr vorgenommen hat. Gleichzeitig stellt die Landesregierung mehrere Milliarden Euro für verkehrlich unsinnige Großprojekte wie Stuttgart 21 zur Verfügung. Dieses Regierungshandeln steht im Widerspruch zur Zielsetzung des ÖPNV-Gesetzes des Landes und zur Nachhaltigkeitsstrategie der Landesregierung.

Der VCD fordert:

- eine Verkehrspolitik, die den umweltfreundlichen Verkehrsmitteln Vorrang einräumt
- die Einführung eines landesweiten integralen Taktfahrplans auf allen Strecken für alle Bahnhöfe analog zum Schweizer Modell "Bahn 2000" anstelle von Fahrplankürzungen
- den Verzicht auf das Prestigeprojekt Tunnelbahnhof "Stuttgart 21" und stattdessen den Ausbau des ÖPNV im gesamten Land
- Maßnahmen für die Verlagerung von Güterverkehr auf die Schiene, inklusive eines Verzichts auf Giga-Liner für die Straße
- eine Bundesratsinitiative für eine am CO₂-Ausstoß orientierte Kfz-Steuer
- Lenkungsmaßnahmen der Landesregierung zur Reduktion des Flugverkehrs
- Bundesratsinitiative für Verkehrssicherheit im Sinne der "Vision Zero" inklusive eines Tempolimits von 120 km/h auf Autobahnen
- Im Straßenbau einen deutlichen Vorrang für den Erhalt der vorhandenen Infrastruktur an Stelle von Straßenneubau

An konkreten Infrastrukturmaßnahmen fordert der VCD:

- den viergleisigen Ausbau der Rheintalbahn
- den Erhalt und Ausbau des Kopfbahnhofs Stuttgart sowie den Bau einer auch güterverkehrstauglichen Bahnlinie Stuttgart Ulm
- eine Neubaustrecke zwischen Frankfurt/Main und Mannheim
- den Verzicht auf die zweite Startbahn am Flughafen Stuttgart
- ein Elektrifizierungs- und Effizienzsteigerungsprogramm zur weiteren Verbesserung der Umweltbilanz des Schienenverkehrs

Zur Finanzierung der Verbesserungsmaßnahmen fordert der VCD:

- die Einführung einer LKW-Maut auf allen Straßen für LKW ab 3,5 t
- eine Bundesratsinitiative für die Einführung einer Klimaschutz-Abgabe auf Flugtickets
- Einsparungen durch ökologisch und sozial abgesicherte Ausschreibungen und mehr Wettbewerb im Schienenverkehr
- Haushaltsmittel des Landes für den SPNV aus dem erhöhten Mehrwertsteueraufkommen